

Hilfe ohne Nutzen

Gastautor Vor der Entwicklungshilfe-Debatte im Nationalrat



CHRISTOPH MÖRGELE

Ein afrikanischer Staatschef empfängt den Machthaber seines Nachbarlandes. Fragt dieser: «Wie hast du eigentlich deinen Palast, den Park und die Autos finanziert?» Der Gastgeber führt ihn an die Panoramafensterfront und deutet auf die grosse Brücke über den Fluss: «20 Prozent der Baukosten gingen an mich.» Beim Gegenbesuch sitzt man wieder nach dem Essen

zusammen. «Und du?», kommt die Gegenfrage, «wie finanzierst du dir diesen Palast, den Privatjet, den ganzen Luxus hier?» Gemeinsam gehen sie auf die Terrasse und blicken in die Ferne. «Schau dir die Brücke an.» «Aber da ist keine Brücke.» «Siehst du, 100 Prozent der Baukosten für mich.»

Ein Witz. Ein böser Witz. Aber solche Witze funktionieren nur, weil sie etwas mit der Wirklichkeit zu tun haben: mit der Korruption auf dem afrikanischen Kontinent. Mit Despoten, die ihr Land ausbeuten. Aber in einem Punkt ist dieser böse Witz zu ergänzen: Das Geld für die Brücke stammt in der Regel nicht aus der Staatskasse, sondern aus der Entwicklungshilfe westlicher Staaten. Eines von vielen Beispielen beschreibt der deutsche Publizist Michael Miersch:

«Als die Briten im Jahr 2000 die Entwicklungshilfe für Malawi um 37 Millionen Dollar erhöhten, um den Menschen zu helfen, von denen zwei Drittel mit weniger als einem Dollar täglich auskommen müssen, kaufte die Regierung zunächst einmal 39 S-Klasse-Mercedes.» Und das ist leider kein böser Witz. In Tansania fliegt die Regierung

einen 50-Millionen-Jet – mitfinanziert von der schweizerischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). Leider auch kein Witz. Viel zu häufig gilt in der Entwicklungshilfe die Formel «Gut gemeint, schlecht herausgekommen». Wer hat nicht schon gebrauchte Kleider gespendet? Eine gute Sache, denkt jeder. Nun hat man festgestellt, dass diese Gratiskleider die einheimische Textilproduktion zerstören. Denn die lokalen Anbieter können ja nicht günstiger als gratis verkaufen und geben ihr Gewerbe auf. 1997 waren im Niedrigstlohnland Nigeria 137 000 Menschen in der Textilindustrie beschäftigt.

2003 waren es noch 57 000. Im Bereich der Landwirtschaft spielt der gleiche Effekt – nur weit verhängnisvoller. Kritische Beobachter entdeckten, dass die Bevölkerung auf die Frage, ob sie Hunger leiden würde, auch dann mit Ja antwortet, wenn dies gar nicht zutrifft. Weil sie sich zusätzliche Nahrungsmittel erhofft. Weil sie so Ausgaben einsparen kann.

Wenn dann Hilfsorganisationen ein grosses Programm aufziehen und Lebensmittel zu verteilen beginnen, hören viele heimische Bauern auf zu arbeiten. Denn ihnen bricht wortwörtlich der Markt unter den Füssen weg. Auch sie können nicht günstiger als gratis

Bevor die staatliche Entwicklungshilfe mehr Erfolg ausweisen kann, sollten jedenfalls keine zusätzlichen Beträge mehr gesprochen werden

produzieren. Wenn dann die Hilfswerke wieder abziehen, liegen die Felder brach und die Folge davon ist tatsächlich eine Hungerkatastrophe.

Die Frage nach dem Nutzen von Entwicklungshilfe ist leider ein allzu grosses Tabuthema. Warum eigentlich? Jeder Betrieb hat seine Erfolgskontrolle, jede Kantonsregierung ihren Rechenschaftsbericht vorzulegen. Hunderte Milliarden Franken sind bereits nach Afrika geflossen. Aber sie haben kaum sichtbare positive Spuren hinterlassen. Dafür schreibt Ostasien eine Erfolgsgeschichte nach der anderen. Südkoreas

Wachstum in den letzten 20 Jahren betrug durchschnittlich 9 Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen beläuft sich auf 12 030 Dollar (2006) – 1950 waren es noch 71 Dollar. Schwarzafrika dagegen verharrt auf tiefstem Niveau. Ein Ruander etwa verdient heute jährlich rund 220 Dollar. Das Land finanziert sein Budget zu über 40 Prozent aus Entwicklungshilfegeldern.

Unverdrossen fordern Entwicklungshilfeexperten Schuldenerlasse für die ärmsten Staaten. Der Friedensnobelpreisträger und Erfinder der Mikrokreidite, Muhammed Yunus, lehnt dieses Ansinnen kategorisch ab. Und er spreche dabei «im Namen der Armen», denn diese sähen nichts von den Geldern.

«Wenn wir Blankochecks als Schuldenerlass ausstellen, wird das Geld für alles Mögliche ausgegeben, für Waffen oder Luxusgüter, nur nicht für die Armen.» Und die Schulden sind umgehend wieder da: Vor sechs Jahren hatte Uganda 3,2 Milliarden Dollar Schulden. Dem Land wurden darauf 2 Milliarden Schulden erlassen. Heute steht Uganda wieder mit 4,9 Milliarden Dollar in der Kreide. Dafür hat sich der Präsident inzwischen einen neuen Jet gekauft. Der ugandische Journalist Henry Lubega nimmt kein Blatt vor den Mund: «Die Regierungen hier lassen es sich auf eine unverschämte Art und Weise von den

westlichen Steuergeldern gut gehen und unternehmen nahezu nichts, die eigene Wirtschaft zu fördern.»

Wie weiter? Mit Milliarden Staatsgeldern ist den afrikanischen Staaten nicht geholfen. Die Beispiele in Ostasien

zeigen: Nachhaltig aufwärts geht es nur in jenen Ländern, die auf mehr Marktwirtschaft setzen. Denn Entwicklungshilfe macht träge, fördert die Korruption und zementiert despotische Verhältnisse. Die Transparenz der Deza-Leistungen sollte verbessert werden. Ihr stehen schliesslich pro Jahr rund 1,3 Milliarden Franken zur Verfügung. Bürger und Parlamentarier wollen zu Recht wissen, was mit diesem Geld geschieht. Bevor die staatliche Entwicklungshilfe nicht mehr Erfolg ausweisen kann, sollten jedenfalls keine zusätzlichen Beträge gesprochen werden.